

Die Politik der inneren Sicherheit

Blankenburg, Erhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Blankenburg, E. (1979). Die Politik der inneren Sicherheit. In R. Mackensen, & F. Sagebiel (Hrsg.), *Soziologische Analysen: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der ad-hoc-Gruppen beim 19. Deutschen Soziologentag (Berlin, 17.-20. April 1979)* (S. 327-330). Berlin: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-136443>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Politik der inneren Sicherheit

Erhard Blankenburg

Einige spektakuläre terroristische Aktivitäten haben ausgereicht, um in den siebziger Jahren eine Sicherheitspolitik zu legitimieren, die von Änderungen des materiellen und prozessualen Strafrechts, über den Ausbau der Polizei bis zur Entwicklung einer Bürokratie der ideologischen Überwachung reicht. Diese Politik steht dabei in Zusammenhang mit einer breiteren sozialen Bewegung, die man modisch gerne 'Tendenzwende' nennt. Sie wird in den Parteien und Parlamenten artikuliert; sie wird besonders sichtbar in den Programmänderungen von Fernsehen und Rundfunk sowie in den Spalten der Presse; sie dringt auch, unabhängig von 'Berufsverbots'-Verfahren, in die Personalpolitik von Behörden und Privatfirmen; und sie ist beobachtbar als vorweggenommener Konformismus bei Berufsanfängern, Studenten und Professoren.

Niemand wird dabei diese breite Reaktion allein auf die Verunsicherung durch terroristische Gewaltakte zurückführen. Oft genug ist jedoch dieser als Legitimationsfigur herangezogen worden: besonders im Bereich der Rechtspolitik ist hiervon ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Für die 'Tendenzwende' in allen ihren Erscheinungsformen wäre es jedoch eine Scheinerklärung, wollte man diese allein als Reaktion auf den Terrorismus zurückführen.

In den Diskussionen der Sektion Rechtssoziologie auf dem 19. Deutschen Soziologentag ging es daher um zweierlei:

- Zum einen wurden generell die Ablaufgesetze analysiert, mit denen soziale Bewegungen wie die der Studentenbewegung am Ende der sechziger und der Restauration im Laufe der siebziger Jahre erklärt werden können.
- Zum anderen wurden speziell die Erscheinungsformen einer Politik analysiert, die sich als Reaktion auf terroristische Bedrohung legitimiert.

An dieser Stelle können dabei nur die Kurzfassungen dreier Referate wiedergegeben werden. Sie werden durch drei weitere Bei-

träge ergänzt, die überarbeitet und in voller Länge gesondert publiziert werden sollen: ein Vergleich der Polizeientwicklung in England, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß bei den Polizeien in westeuropäischen Ländern eine Konvergenz zu beobachten ist: nicht nur der personelle Ausbau der Polizeikräfte und ihre technologische Aufrüstung, auch das Verständnis von Polizei als innerstaatlichem Sicherheitsgaranten zeigen eine neue Qualität ihrer Aufgabenstellung. Legitimiert wird diese mit der Betonung von präventiven Funktionen der Polizei gegenüber deren traditioneller repressiv-strafverfolgenden Rolle (Funk, Kauß, von Zabern 1979).

Ähnliche Parallelen zeigen sich in der legislativen Reaktion, wie an einem Vergleich der 'Law and Order'-Gesetzgebung in Italien mit dem der Bundesrepublik deutlich wird: die breite terroristische Bewegung in italienischen Großstädten führte zu einer Reihe von verschärfenden Gesetzen im Parlament, bei der Entführung von Moro sogar zu einer Machtergreifung durch einseitige Regierungserklärung. Dabei ist in Italien die Produktion von rhetorischen Argumenten zur Verteidigung dieser Politik der inneren Sicherheit erklärbar durch den Rechtfertigungsdruck der Regierung, der es gelang, sowohl die sozialistische als auch die kommunistische Partei in solche Gesetzgebung einzubinden. Dabei geht die italienische Gesetzgebung materiell über die Sicherheitsgesetze in der Bundesrepubl hinaus, jedoch bleibt sie symbolisch und entspricht damit solchen rechtssoziologischen Theorien, die die Ineffektivität von Gesetzen funktional interpretieren im Hinblick auf den rhetorischen Bedarf von Politik, die dabei ihre Nicht-Implementierung durchaus mit ins Kalkül zieht (Ferrari 1979).

Wie auch in anderen Politikbereichen, verdeutlicht der Vergleich mit der inneren Sicherheitspolitik in Italien ein Merkmal von Politik in der Bundesrepublik Deutschland: Gesetzgebung ist bei uns effektiver an die bürokratische Implementation geknüpft, so daß man sehr viel weniger auf deren Effektivität bauen kann. Das Beispiel des Radikalenerlasses zeigt vielmehr, daß, einmal

aufgebaut, eine Bürokratie hierzulande so viel Eigengewicht erhält, daß ihr anfänglicher politischer Beschluß kaum mehr revidierbar wird.

Sogar unter den Ministerpräsidenten der Länder wurde im Jahr 1978 eine kontroverse Diskussion um die Praxis der Einstellungsüberprüfungen im Öffentlichen Dienst geführt. Sie machte deutlich, wie schwer politische Entscheidungen rückgängig zu machen sind, wenn sie einmal bürokratisch institutionalisiert sind. Der bürokratischen Verfestigung entspricht dabei die technologische Perfektionierung: elektronische Datenspeicherung, -verarbeitung und -übermittlung haben technische Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, die erstmals in der Geschichte eine massenhafte Personenüberwachung möglich machen. Galt es bislang für alle Systeme der Sozialkontrolle, daß sie lückenhaft sind und an Vollzugsdefiziten leiden, so erlaubt die elektronische Datenverarbeitung erstmals die Meldesysteme moderner Gesellschaften von der polizeilichen An- und Abmeldung über die Reisebewegung über Grenzen oder das Zahlen mit Scheck- und Kreditkarten auszuwerten und damit Zwecken der Sozialkontrolle zugänglich zu machen. Die Lückenlosigkeit der Personenüberwachung ist nur noch ein organisatorisches, kein technisches Problem mehr - ausgeführt gäbe es Vergleichbares nur in der Massenmobilisierung von gegenseitiger Überwachung in totalitären Staaten. Der Austausch von Informationen zwischen der Polizei und anderen öffentlichen (und einigen privaten) Stellen konstituiert eine 'informationelle Einheit der Staatsgewalt' mit den Sicherheitsbehörden als integralem Zentrum (Steinmüller/Beckmann 1979).

Man kann dabei nicht sagen, daß die Terrorismusbekämpfung den Ausbau der staatlichen Informationstechnologie veranlaßt hätte - jedoch bietet diese einen (möglicherweise willkommenen) Anlaß und Legitimitätsgrund. Nicht von der Hand zu weisen ist, daß etwa das Bundeskriminalamt, aber auch die Polizeibehörden der Länder das Bedürfnis von Politikern genutzt haben, um die nötigen Budget- und Personalentscheidungen zum Ausbau der Überwachungstechnologie herbeizuführen.

Im Sinne solcher, notwendiger Legitimitätsbeschaffung ist es nur konsequent, die Ereignisse der Terrorismusbekämpfung zu einem öffentlichen Spektakulum zu dramatisieren. Auch hier zeigt sich wieder, daß Reaktion und Aktion des Terrorismus in den siebziger Jahren in einer wechselseitigen Symbiose gelebt haben.